

23. XII. 1915

Der Kampf um die Kreditinstitutzentrale.

Budapest, 22. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Nach den Weihnachtsfeiertagen dürfte es im ungarischen Parlament lebhaft hergehen, da es nach den Äußerungen der Grafen Apponyi und Andrássy sicher erscheint, daß die Opposition gegen den Gesetzentwurf über die Kreditinstitutzentrale einen lebhaften Kampf führen werde. Die oppositionellen Parteien sind der Ansicht, daß diese Vorlage bloß den Machtinteressen der Majorität diene, während die Majorität und der Ministerpräsident Graf Tisza daran hinweisen, daß diese Vorlage unaufschiebbaren wirtschaftlichen Interessen entspringt. Diese beiden Auffassungen werden einander gegenüber treten.

Die oppositionellen Abgeordneten versammeln sich heute zu einer gemeinsamen Beratung, um ihre Stellungnahme vorzubereiten. Ueber den bevorstehenden Kampf äußerte sich Graf Julius Andrássy: Wegen zweier Worte halten wir die Vorlage für gefährlich. Diese beiden Worte sind: obligatorische Revision. Sie verleihen der Kreditinstitutzentrale das Recht, sich in die Angelegenheiten der Banken einzumengen, und auch in die Angelegenheiten jener Banken, die kein Darlehen von der Regierung verlangen. Es ist überflüssig, zu erklären, warum die Opposition den Vorschlag für gefährlich hält. Die Kreditinstitutzentrale hat auf Grund der in Aussicht genommenen Rechte die Macht, jene Finanzinstitute zugrunde zu richten. Trotzdem sagen wir: Wenn das Gesetz gemacht werden soll, so später. Heute, während des Krieges, ist die Forcierung dieses Gesetzentwurfes nichts anderes als eine fixe Idee.

Die obligatorische Revision, über die sich Graf Andrássy äußerte, besteht darin, daß die Regierung der Kreditinstitutzentrale 25 Millionen Kronen für einen Verlustfonds überweist. Das Institut ist ermächtigt, die Geschäftsführung der Provinzbanken zu überprüfen.

Graf Michael Karolyi sagte: Die Regierung hat dadurch, daß sie die Vorlage über die Kreditinstitutzentrale vor das Haus gebracht hat, jenen Pakt gebrochen, den sie selbst proponiert hatte und den wir für die Dauer des Krieges forderten, um die Einheit der Parteien zu erhalten. Der Ministerpräsident forcirt den Gesetzentwurf, der sich mit einer Frage beschäftigt, die mit dem Krieg in keinem Zusammenhang steht.

Diese Vorlage ist durch ganz andere Umstände bedingt. Es wurde uns im Mai versprochen, daß die Regierung die Vorlage nicht forcieren werde, wenn in dieser Frage ein Uebereinkommen mit der Opposition nicht erzielt werden könnte. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten. Die Regierung muß daher vorbereitet sein, daß die Unabhängigkeitspartei Interpellationen an die Regierung richten wird, die ihr sehr unangenehm sein dürften. Ich bin ein Anhänger des Kampfes bis aufs Messer, aber vielleicht werde ich den parlamentarischen Kampf auf einem ganz anderen Gebiete beginnen, das der Regierung eventuell viel unangenehmer werden kann.

Die Regierung hält unverändert an der Verhandlung dieses Gesetzentwurfes fest, wie der Ministerpräsident gestern betonte. Es ist somit sehr wahrscheinlich, daß im Jänner das Abgeordnetenhaus der Schauplatz der heftigsten parlamentarischen Kämpfe werden wird.